

## POLITIK

## Schlimmer als unter Mubarak

Ägyptens Militär geht härter mit Kritikern um als der alte Diktator. Der inhaftierte Blogger Sanad ist seit 48 Tagen im Hungerstreik

■ Maikel Nabil Sanad hat das Militär kritisiert und den Wehrdienst verweigert. Und er gilt als israelfreundlich

■ Das Militärgericht hat inzwischen schon 9000 Zivilisten zu Haftstrafen verurteilt

AMIRA EL AHL  
KAIRO

Man kann sich nur vage vorstellen, wie Maikel Nabil Sanad zurzeit aussieht. Es existieren keine neueren Fotos von ihm, und zu seinem letzten Gerichtstermin am 4. Oktober war er auch nicht erschienen. Sein Gesundheitszustand ließ es nicht zu. Auf den wenigen Bildern, die man von dem 26-jährigen Ägypter kennt, sieht man einen jungen, gut aussehenden Mann, dichtes, dunkles Haar, dicke schwarze Augenbrauen, olivfarbene Haut und dunkelbraune Augen. Was auffällt: Maikel Nabil Sanad ist groß gewachsen und sehr schlank.

Seit 48 Tagen befindet sich Maikel Nabil Sanad nun schon im Hungerstreik. Sein Gesundheitszustand soll sich in den vergangenen Tagen sehr verschlechtert haben, und man kann sich kaum ausmalen, wie sein eh schon schmaler Körper heute aussieht. Ausgemergelt, dem Ende nah.

Der 26-Jährige verweigert seit dem 23. August jede Nahrung und protestiert damit gegen seine Verurteilung vor einem Militärgericht zu drei Jahren Haft. In der Nacht vom 28. auf den 29. März war Maikel Nabil Sanad von der Militärpolizei in seiner Wohnung verhaftet worden. Hauptgrund war ein Artikel auf seiner Web-Seite mit dem Titel „Die Armee und das Volk gingen noch nie Hand in Hand“. Der Blogger listet in diesem Artikel die Menschenrechtsverletzungen der Armee während und nach der Revolution auf und behauptet in seinen Eintragungen unter anderem, dass die Armee Zivilisten gefoltert hätte und das Ägyptische Museum am Tahrir-Platz als Foltergefängnis missbraucht habe. Seine Ausführungen werden begleitet von Fotos sowie Online-Links zu Artikeln aus der ausländischen Presse.

Am 10. April wurde er in Abwesenheit seiner selbst und seiner Anwälte, die des Gerichtssaals verwiesen worden waren mit der Begründung, der Prozess sei auf den übernächsten Tag verschoben, verurteilt. Die Anklage des Militärgerichts lautete: „Beleidigung des Militärs, „Verbreitung falscher Informationen“ und „Untergrabung der öffentlichen Sicherheit“.

Nach seiner Verurteilung ging ein Aufschrei der Empörung durch die Netzgemeinde, die die Verurteilung zu Recht als bedrohlichen Präzedenzfall auffasste. „Die Verurteilung Maikel Nabils ist eine

klare Botschaft der Armee, dass jeder Zivilist, der sich negativ über das Militär äußert, verhaftet wird“, sagte Adel Ramadan, Anwalt in der Ägyptischen Initiative für Persönlichkeitsrechte, die Teil des Verteidigungsteams des Bloggers war, nach der Verurteilung. Auf Twitter schrieb unter vielen anderen @cairowire: „Man könnte sagen, dass die Verurteilung Maikel Nabils ein gefährlicher Präzedenzfall ist, dabei gibt es diesen Präzedenzfall schon aus Zeiten des Mubarak-Regimes.“ Und: „Heute ist ein trauriger Tag für Blogger und die Menschenrechte in Ägypten.“

Mittlerweile wird nur noch spärlich über Maikel Nabil Sanad in der ägyptischen Presse geschrieben. Immer dann, wenn eine Menschenrechtsorganisation eine Pressemeldung über ihn herausgibt. Nur in der Netzgemeinde ist sein Fall weiterhin Thema. Das liegt vor allem daran, dass Sanad eine kontroverse Figur ist, mit der sich wenige Menschen in Ägypten identifizieren können. Maikel Nabil Sanad bezeichnet sich selber als Atheisten und Pazifisten, er verweigerte den Militärdienst und gründete im April 2009 die Facebook-Gruppe „Nein zur Wehrpflicht“. Seine Begründung für die

Kriegsdienstverweigerung, die auf seinem Blog nachzulesen ist: „Ich bin als erklärter Pazifist dagegen, Waffen zu halten. ... Den Wehrdienst anzutreten würde gegen meine humanistischen Prinzipien verstoßen.“ Doch was ihn in den Augen vieler Ägypter zu einem Verräter macht, ist der folgende Satz: „Ich möchte keine Waffe auf einen jungen Israeli richten müssen, der zum Wehrdienst verpflichtet wurde und das Existenzrecht seines Landes verteidigt.“

Sanad bezeichnet sich selber als „Ägyptens ersten pro-israelischen Aktivist“ und veröffentlicht seinen Blog nicht nur auf Arabisch und Englisch, sondern auch auf Hebräisch. Doch Sanad ist kein Zionist, der unreflektiert die Politik Israels unterstützt. In einem Eintrag vom 23. März schreibt er über den Bombenanschlag in einem Jerusalemer Bus: „All meine Sympathien gelten den Opfern des Bombenanschlags.“ Doch der Anschlag sei Resultat der abgebrochenen Friedensgespräche. Nur ein wahrer Friedensprozess könne die Spirale von Gewalt und Terrorismus stoppen. So viel Ausgewogenheit ist selten in Ägypten, auch in der pro-demokratischen Aktivistenszene. Denn trotz des Friedensvertrags von 1979 und der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf politischer Ebene kommt eine Normalisierung der Beziehungen auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene für die meisten Ägypter erst dann infrage, wenn es einen unabhängigen palästinensischen Staat gibt.

Maikel Nabil Sanad ist einer von etwa 12 000 Zivilisten, die seit dem Sturz des Ex-Präsidenten Husni Mubarak vor einem Militärtribunal standen. Das sind mehr Menschen, als in den 30 Jahren Mubarak-Herrschaft zusammen. Diese unglaublich hohe Zahl wurde sogar vom Leiter des Militärgerichts offiziell bestätigt. 9000 Menschen wurden zu Haftstrafen verurteilt, 600 freigesprochen, und der Rest bekam eine Bewährungsstrafe. Aktivisten wie Mona Seif von der Gruppe „Nein zu Militärverfahren gegen Zivilisten“ glauben jedoch, dass die wahre Zahl noch viel höher ist. Maikel Nabil Sanads Fall wurde vor allem deshalb bekannt, so die Aktivistin Mona Seif, weil Sanad der Einzige war, der nicht infolge einer Demonstration, sondern wegen seiner Meinung verhaftet und verurteilt wurde. „Hinzu kommt, dass sein Fall einer der ersten war und obendrein eine sehr persönliche Dimension hat.“ Das Militär, so die gängige Meinung, habe sich mit dem Urteil an Sanad für seine offene Kritik an der Institution und seine Weigerung, Wehrdienst zu leisten, rächen wollen.

Zur Anhörung am 4. Oktober kam es schließlich nicht. Der Richter verschob den Termin um eine Woche, auf Dienstag, den 11. Oktober. Als Begründung gab er an, dass nicht alle nötigen Papiere vorlägen. Der Anwalt Sanads bestreitet dies und wirft dem Gericht vor, das Verfahren

### „Die Armee und das Volk gingen noch nie Hand in Hand“

Maikel Nabil Sanad  
in einem Blog-Eintrag,  
der das Militär verärgerte

### „Ich möchte keine Waffe auf einen jungen Israeli richten müssen, der zum Wehrdienst verpflichtet wurde und das Existenzrecht seines Landes verteidigt“

Maikel Nabil Sanad  
begründet, warum er den  
Wehrdienst verweigert hat



Einen „Bürgerstaat – keinen religiösen und keinen Armeestaat“ fordert Maikel Nabil Sanad auf diesem Bild

absichtlich zu verzögern. Der vorsitzende Richter habe die Originalakte nicht in den Gerichtssaal mitgebracht, die jedoch im gleichen Haus gelagert werde. „Die Vertagung kommt einem Todesurteil gleich, denn er hat geschworen, auf heute kein Wasser mehr zu trinken, sollte er nicht freikommen“, teilte sein Vater Ibrahim Nabil Sanad Amnesty International mit. Drei Tage hielt Maikel Nabil an diesem verzweifelten Versprechen fest. Erst nachdem seine Familie ihn am Samstag im Gefängnis besuchen durfte und ihn eindringlich bat, wieder Wasser zu sich zu nehmen, trank er in ihrer Anwesenheit etwas, berichtet sein Bruder Mark. Doch seinen Hungerstreik will er fortsetzen. „Er ist fest entschlossen und sagt, er habe keine andere Wahl“, sagt sein Bruder.

So hungert der 26-jährige Maikel Nabil Sanad im Al-Marg-Gefängnis in Kairo weiter seinem Tod entgegen, um gegen

seine Inhaftierung und seine Behandlung im Gefängnis zu protestieren. Sanad selbst hat erklärt, dass der Tod ihm lieber sei, als nur einen Tag zu Unrecht im Gefängnis zu sitzen. „Freiheit hat einen Preis“, schrieb er in einem Brief, den er aus dem Gefängnis herausgeschmuggeln konnte. Doch nur wenige in Ägypten begreifen seinen Kampf für Gerechtigkeit auch als Kampf für die Meinungsfreiheit und grundlegende Menschenrechte und damit als einen Kampf für alle Ägypter. Reporter ohne Grenzen macht den Obersten Rat der ägyptischen Streitkräfte für den kritischen Gesundheitszustand von Sanad verantwortlich: „Auch wenn der Hungerstreik eine persönliche Entscheidung des Bloggers ist, so sind die Behörden doch für die Ursache seines Protestes verantwortlich: für die unrechtmäßige und antidemokratische politische Inhaftierung“, erklärte ROG-Generalsekretär Jean-François Julliard.

Mittlerweile hat Maikel Nabils Vater, Ibrahim Nabil Sanad, einen offenen Brief an Feldmarschall Hussein Tantawi, Vorsitzender des Obersten Rats der Streitkräfte, geschrieben. In ihm bittet er Tantawi darum, seinen Sohn wegen seines sich verschlechternden Gesundheitszustandes und schweren Depressionen zu begnadigen. Seine Bitte hatte er auch in einem Interview mit dem Fernsehsender ON-TV vorgebracht. Am nächsten Tag wurde er vom Leiter des Militärgerichts eingeladen und überbrachte ihm den Brief persönlich.

Was aus Maikel Nabil Sanad wird, ist unklar. Doch der herrschende Militärrat hat am Sonntag überraschend einen Stopp aller Militärgerichtsverfahren gegen Zivilpersonen verfügt – auf Anordnung von Oberbefehlshaber Tantawi. Ein Problem freilich bleibt: Verstöße gegen das Militärrecht können weiter vor einem Militärgericht verhandelt werden.

## „Wir werden keine Kompromisse eingehen“

Piusbrüder geben sich nach Geheimtreffen kämpferisch und wollen den Papst weiterhin mit Kritik am „modernistischen Rom“ ärgern

■ Im Vatikan wird die Forderung nach Korrekturen mit Verwunderung aufgenommen

GERNOT FACIUS

Der Ort war bewusst gewählt. Nach Albano vor den Toren Roms waren 28 Obere der traditionalistischen Piusbrüderschaft aus allen Erdteilen angereist, um zwei Tage vertraulich über eine Einigung mit dem Vatikan zu beraten. Am Ende der Klausur stand eine fünf dürre Sätze umfassende Erklärung. In ihr wurde lediglich mitgeteilt, dass die Priestergemeinschaft „in einem vernünftigen Zeitpunkt“ ihre Antwort auf die „Lehrmäßige Präambel“ präsentieren wolle, die ihnen am 14. September von der Glaubenskongregation vorgelegt wurde.

Das lässt den Schluss zu, dass auf dem Weg zur vollständigen Rückkehr in den Schoß der Kirche noch einige Hürden zu nehmen sind – falls eine Einigung überhaupt denkbar ist. Die gravierenden Dif-

ferenzen über die Auslegung des Zweiten Vatikanischen Konzils bestehen fort. Und es droht eine Fortsetzung der unendlichen Geschichte. Das vatikanische Zugeständnis einer „legitimen Diskussion über die Überprüfung und theologische Deutung einzelner Ausdrücke und Formulierungen“, die sich in den Dokumenten des Konzils und des nachfolgenden Lehramts finden, genügt den Traditionalisten nicht. Sie bestehen, wie sich in Albano zeigte, auf deutlichen „Korrekturen“, um auch nur „den Schatten von Zweideutigkeiten und Missverständnissen auszuschließen – so der Erste Assistent des Generalrates der Bruderschaft, Niklaus Pfluger. Man werde Rom eine Antwort geben, die die Anliegen der Tradition klar zum Ausdruck bringe. „Wir werden keine Kompromisse eingehen.“

Im Vatikan wurde die Forderung nach Korrekturen mit Verwunderung aufgenommen. Es seien allenfalls Änderungen in einzelnen Formulierungen der „Lehrmäßigen Präambel“ denkbar, hieß es. Das Dokument wurde bislang weder von den Piusbrüdern noch von der Glaubenskongregation veröffentlicht. Sein Inhalt ist lediglich in Umrissen bekannt: Es geht um „einige Lehrprinzipien und Interpretationen der katholischen Lehre, die notwendig sind, um die Treue zum Lehramt der Kirche und das Fühlen mit der Kirche zu garantieren“. Stimmen die Piusbrüder diesem Text zu, kann über Modalitäten einer Wiedereingliederung verhandelt werden. Wenn nicht, sind die Gespräche gescheitert.

Das Kommuniqué von Albano betont, die Seminar- und Distriktsobere – darunter der Deutsche Franz Schmidberger – hätten „feste Einheit im Willen gezeigt, an dem Glauben, den ihnen ihr 1988 exkommunizierter Gründer Erzbischof Marcel Lefebvre (1905–1991) übergeben hatte, „in seiner Gesamtheit und Vollständigkeit festzuhalten“. Diese Formulierung deutet auf eine weitere Fundamentallopposition gegen wesentliche Ergebnisse des Konzils hin. Lefebvre hatte vor allem die Aussagen über die Religions- und Gewissensfreiheit, über die Ökumene und den interreligiösen Dialog sowie die Liturgiereform abge-

lehnt. Seine Nachfolger hielten an dieser Nein-Position fest. Für sie sind die entsprechenden Konzilstexte Ausdruck von „Modernismus“, dem man um des „wahren Glaubens“ willen widerstehen müsse. Ein vatikanisches Friedensangebot müsse deshalb der Piusbrüderschaft St. Pius X. die Freiheit garantieren, die Kritik am „modernistischen Rom“ weiterführen zu können.

Ob sich die Glaubenskongregation und Papst Benedikt XVI. darauf einlassen können, scheint fraglich. Nach dem zwei Jahre währenden Dialog mit insgesamt acht Sitzungen war von vatikanischer Seite erklärt worden, alle Argumente seien ausgetauscht, nun müsse sich die Bruderschaft entscheiden. Eine weitere Dialogrunde, so wurde signalisiert, sei wenig hilfreich. Nun will der Generalobere der Piusbrüder, Bischof Bernard Fellay, mit seinen Assistenten Pater Niklaus Pfluger und Alain-Marc Nely die „Lehrmäßige Präambel“ der Glaubenskongregation abermals prüfen und dann entscheiden. Der Ausgang ist, nach derzeitigen Stand, ungewiss.

### KOMPLIZIERTE ANNÄHERUNG

Die **Priesterbruderschaft St. Pius X.** ist eine Priestervereinigung katholischer Traditionalisten. Sie wurde 1970 von Erzbischof **Marcel Lefebvre** gegründet, um an Riten und Lehren der römisch-katholischen Kirche festzuhalten, die das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) aus seiner Sicht aufgegeben hatte. Sie strebt eine „Erneuerung des Priestertums“ und „Verbreitung und Wiederherstellung der authentischen katholischen Lehre“ an. Seit 1975 hat die Piusbrüderschaft keinen Status in der römisch-katholischen Kirche mehr und betreibt ohne Erlaubnis des Vatikans Priesterverweihen. Allerdings wurde die Exkommunikation der 1988 geweihten vier Priester Anfang 2009 von Papst Benedikt XVI. aufgehoben. Sie und die Priester der Bruderschaft sind aber weiterhin suspendiert.

Der Vorgang weckt Erinnerungen an den 5. Mai 1988. Damals, es war auch in Albano, unterzeichneten Kurienerzbischof Joseph Ratzinger, der heutige Papst, und Erzbischof Lefebvre ein Protokoll samt einer „Lehrmäßigen Erklärung“. Kurz darauf zog der Traditionalistenbischof angeblich aufgrund von Hardlinern seiner Gemeinschaft die Zustimmung zurück. Ende Juni 1988 weihte er gegen den Willen des Papstes vier Bischöfe, darunter Fellay, und vertiefte damit die Spaltung. Auch diesmal regen sich in der Piusbrüderschaft Stimmen, die vor Zugeständnissen an die „Konzilskirche“ und vor einem Verrat an der „wahren Kirche“ warnen. Wird Fellay stark genug sein, sich durchzusetzen? Oder werden sich die Piusbrüder spalten?

Fellays Assistent Pfluger trumpfte auf: Die Situation sei heute eine andere als im Jahr 1988, die Bruderschaft stehe mit vier Bischöfen (deren Exkommunikation 2009 aufgehoben worden ist) und weltweit 550 Priestern gut da. Rom könne ihr darum „nicht mehr so entgegengetreten wie vor 23 Jahren“.